

**AfD**

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel  
Telefon 0561 787 3265  
Telefax 0561 787 3266  
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

26. Juni 2020  
1 von 2

Vorlage Nr. 101.18.1745

**Resolution: Demokratische Grundwerte bewahren - politisch motivierte Gewalt verurteilen**

**Antrag**

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel verurteilt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und lehnt darüber hinaus auch jegliche andere Form der Gewaltausübung ab. Politisch motivierte Straftaten sind eine Bedrohung für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und machen es erforderlich, dass alle demokratischen Kräfte zusammenstehen, demokratische Grundwerte und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigen und deutlich artikulieren, dass jeder, der politisch motivierte Gewalt fördert, begünstigt oder verharmlost, den demokratischen Grundkonsens unseres Staates verlässt.

**Begründung:**

Politisch motivierte Kriminalität nimmt seit 2015 immer weiter zu. Insbesondere Politiker werden in Deutschland immer häufiger Zielscheibe von Hass, Hetze und Gewalt. Zerstörung von Büros oder Eigentum, Hassmails, Bedrohung oder Gewaltanwendung gegen Vertreter der (lokalen) Politik scheinen an der Tagesordnung.

Auch in der Stadt Kassel sind diese Entwicklungen zu beobachten. Wie der spärlichen Berichterstattung der HNA vom 27. März 2020 auf Seite 12 zu entnehmen war, haben Unbekannte in der Nacht vom 20. März 2020 die

Frontscheibe des Autos des AfD-Stadtverordneten und stellv. Fraktionsvorsitzenden Sven R. Dreyer eingeschlagen, alle Reifen plattgestochen und die Fahrzeugfront - neben dem kommunistischen Symbol Hammer und Sichel - mit der Drohung „DREYER WIR KRIEGEN DICH“ versehen. Darüber hinaus seien an die Beschmierungen der Kasseler SPD- und CDU-Geschäftsstellen im Jahre 2016 erinnert oder an die anonyme E-Mail mit Gewaltandrohung gegenüber einem Stadtverordneten der CDU-Fraktion im Jahre 2017.

Nicht unerwähnt bleiben soll auch die Attacke gegen die Kanzlei des Kasseler AfD-Politikers Manfred Mattis Anfang des Jahres 2017, dem pflastersteingroße Steine durch die Fensterscheiben seiner Kanzlei geworfen wurden sowie die neuerliche Beschmierung der Fassade seines Privathauses mit Farbbeuteln Ende Mai 2020.

Die Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Kassel ist daher in der Pflicht, sich öffentlich zu äußern und solche Vorfälle klar zu verurteilen. Die Zunahme politisch motivierter Gewalt sowie das Erstarken links- und rechtsextremistischer Strukturen sind eine für die demokratische Gesellschaft beunruhigende Entwicklung, die nicht unwidersprochen hingenommen werden kann und darf.

Aufgrund dieser besorgniserregenden Entwicklungen in Deutschland setzen alle Fraktionen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit dieser Resolution ein Zeichen für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für Freiheit und Demokratie.

Berichterstatter/-in:                      Stadtverordneter Richard F. Klock

gez. Michael Werl  
Fraktionsvorsitzender